

URL: [http://www.fr-online.de/in\\_und\\_ausland/wirtschaft/aktuell/?em\\_cnt=1365118](http://www.fr-online.de/in_und_ausland/wirtschaft/aktuell/?em_cnt=1365118)

## Monopolkommission

# Wirtschaft konzentriert sich stärker

VON MARKUS SIEVERS

BERLIN. Die Konzentration in der deutschen Wirtschaft steigt. Wie die Monopolkommission errechnet hat, sind die 100 größten deutschen Unternehmen schneller gewachsen als die übrigen Firmen.

Dementsprechend erhöhten sie ihren Anteil an der Wertschöpfung von 16,7 Prozent in 2004 auf 18 Prozent in 2007. Dies sei der "höchste Stand seit dem Berichtsjahr 2000", stellt die Monopolkommission fest. Auch sei zu beobachten, dass sich "die Konzentration in vielen Wirtschaftszweigen des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes erhöht hat". Nur für diese Branchen liegen statistische Daten vor, die einen Vergleich über einen längeren Zeitraum erlauben.

Der Kommissionsvorsitzende Jürgen Basedow wies darauf hin, dass andere Faktoren auf einen verschärften Wettbewerb hindeuteten. "Das was man immer als Deutschland AG bezeichnet, das schwächelt", meinte der Wissenschaftler. Die personelle Verflechtung, bei der einander gut bekannte Manager sich über die Aufsichtsräte gegenseitig "kontrollieren", nehme ab. Für eine nachhaltige Bewertung des Konzentrationsprozesses sei es daher zu früh.

## Wettbewerbspolitik hat geringen Stellenwert

Mit Sorge verfolgen die Regierungsberater die Entwicklung im Krankenhauswesen. Seit 2004 hätten Kliniken in mehr als 100 Fällen fusioniert, erstaunlicherweise ohne größere Debatten auszulösen. Bedenklich sei es, wenn es lokal zu hohen Konzentrationen komme. Zur Stärkung des Wettbewerbs schlägt die Kommission unter anderem mehr Wahlmöglichkeiten (Optionstarife) in der gesetzlichen Krankenversicherung vor. Deren Mitglieder könnten dann entscheiden, ob sie für Extra-Leistungen mehr zu bezahlen bereit sind oder ob sie einen Standardtarif mit einer Standardversorgung bevorzugen.

Im Streit zwischen Brüssel und Berlin über eine Entflechtung der Stromkonzerne stützt die Kommission die Position der Bundesregierung. Die von der EU-Kommission geforderte zwangsweise Abtrennung der Fernleitungsnetze werde den Wettbewerb nicht nachhaltig beleben. Sie stelle zudem einen erheblichen Eingriff in private Rechte dar und provoziere damit lang anhaltenden juristischen Streit. Das eigentliche Problem sei die Abhängigkeit von wenigen Produzenten, betonte Basedow.

Zum Ende seiner Amtszeit in der Kommission bedauerte der Hamburger Professor den geringen Stellenwert der Wettbewerbspolitik. Er habe mit drei Wirtschaftsministern zusammengearbeitet - einem parteilosen, einem SPD- und einem CSU-Politiker. Große Unterschiede in der Haltung zum Wettbewerb habe er nicht feststellen können.

Soziale Marktwirtschaft: **Gegen Preistreiberei**

[ document info ]  
Copyright © FR-online.de 2008  
Dokument erstellt am 09.07.2008 um 17:04:02 Uhr  
Letzte Änderung am 09.07.2008 um 23:07:38 Uhr  
Erscheinungsdatum 10.07.2008